

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der Abbildungen	XXVII
§ 1 Einleitung	1
I. „Was ist [schon] Wahrheit?“	1
II. „Noch ein Buch über Wahrheit?“	3
§ 2 Die Grundstruktur der Wahrheitsfindung	13
I. Einleitung	13
II. Der Wahrheitsbegriff des Rechts	14
III. Die epistemische Wertung	22
IV. Der Zweifel in der Wahrheitsfindung	34
V. Das Vertrauen als Grundlage komplexer Wahrheitsfindung	56
VI. Die Störung der Wahrheitsfindung	65
VII. Der Schutz gegen Störungen als Rechtspflicht	70
VIII. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	72
§ 3 Die regulatorische Wahrheit	75
I. Das Pflanzenschutzmittelrecht als Referenzgebiet	76
II. Die Kanzerogenität von Glyphosat als Referenzfrage	79
III. Das wirtschaftliche Interesse als Störfaktor	121
IV. Der Schutz regulatorischer Wahrheitsfindung	146
V. Die Grenzen des Wahrheitssschutzes in regulatorischen Verfahren	217
VI. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	228
§ 4 Die individuelle Wahrheit	233
I. Das Asylrecht als Referenzgebiet	234
II. Die Bedeutung der „Verfolgungsgeschichte“ im Asylverfahren	238
III. Die Glaubhaftigkeitsprüfung	248
IV. Die individuellen und strukturellen Störfaktoren	285

V.	Der Schutz der Glaubhaftigkeitsprüfung im Asylverfahren	311
VI.	Die Grenzen des Wahrheitsschutzes im Asylverfahren	391
VII.	Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	396
§ 5	Die öffentliche Wahrheit	399
I.	Das Medien- und Äußerungsrecht als Referenzgebiet	399
II.	Die Wiederentdeckung der Desinformation	403
III.	Die Wahrheitspflicht	425
IV.	Die Grenzen des Wahrheitsschutzes im Medien- und Äußerungsrecht	503
V.	Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	548
§ 6	Das Zeitalter der Wahrheiten	551
I.	Die Fehldiagnose der Postfaktizität	552
II.	Eine Vertrauenskrise	556
III.	Die diskurslose Polarisierung	565
IV.	Wahrheit und Objektivität trotz Wertung und Vertrauen	568
	Zusammenfassung	583
	Literaturverzeichnis	605
	Sach- und Personenregister	649

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der Abbildungen	XXVII
§ 1 Einleitung	1
I. „Was ist [schon] Wahrheit?“	1
II. „Noch ein Buch über Wahrheit?“	3
1. Zu den Referenzgebieten	7
2. Zur Methodik	10
§ 2 Die Grundstruktur der Wahrheitsfindung	13
I. Einleitung	13
II. Der Wahrheitsbegriff des Rechts	14
1. Die Korrespondenz von Vorstellung und Welt	15
2. Die Korrespondenz der Tatsachen mit der Welt	19
3. Die Existenz der Welt	21
III. Die epistemische Wertung	22
1. Die Wahrheitskriterien	22
2. Der Abwägungscharakter der Wahrheitsfindung	25
a) Die kohärentistische Wahrheitsfindung	25
b) Die Evidenz der gegenwärtigen äußeren Tatsache	28
c) Der mittelbare Zugang zu vergangenen, inneren und komplexen Tatsachen	29
3. Zur Notwendigkeit epistemischer Wertungen	32
IV. Der Zweifel in der Wahrheitsfindung	34
1. Philosophische Skepsis an den Wahrheitskriterien	35
2. Praktische Skepsis im Asylverfahren	39
3. Systemtheoretische Skepsis der Wissenschaft	42
a) Das systemtheoretische Grundvokabular	43
b) Der Code des Wissenschaftssystems	44
c) Der systemtheoretische Tanz um die Wahrheit	47
4. Das rechte Maß an Zweifeln	50

V.	Das Vertrauen als Grundlage komplexer Wahrheitsfindung	56
1.	Die gesellschaftliche Notwendigkeit von Vertrauen	56
2.	Misstrauen als Rechtfertigung von Vertrauen	59
3.	Rechtlich formalisiertes Vertrauen	60
a)	Formelle Wahrheitskriterien in der Rechtsgeschichte	62
b)	Formelle Wahrheitskriterien in der heutigen Rechtspraxis	64
VI.	Die Störung der Wahrheitsfindung	65
1.	Der Begriff der Störung und des Schutzes	65
2.	Die kognitive Verzerrung (Bias)	66
3.	Der Interessenkonflikt	69
VII.	Der Schutz gegen Störungen als Rechtspflicht	70
VIII.	Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	72
§ 3	Die regulatorische Wahrheit	75
I.	Das Pflanzenschutzmittelrecht als Referenzgebiet	76
II.	Die Kanzerogenität von Glyphosat als Referenzfrage	79
1.	Die Bedeutung des Wirkstoffs	80
2.	Die pflanzenschutzmittelrechtlichen Vorgaben zum Nachweis der Kanzerogenität	82
a)	Die Genehmigungskriterien gem. Art. 4 Abs. 2 und 3 PflanzenschutzVO	83
b)	Gefahr, Risiko und Kanzerogenität als Cut-off-Kriterium der PflanzenschutzVO	84
c)	Maß und Mittel des Kanzerogenitätsnachweises	87
d)	Die Beweiskraft von epidemiologischen Studien und Tierversuchen	89
e)	Die erforderliche Abwägung nach dem Weight-of-Evidence-Ansatz	91
3.	Das Verfahren zur Erneuerung der Genehmigung von Glyphosat (2011–2017)	94
a)	Der anwendbare Rechtsrahmen	94
b)	Der Antrag und die ergänzenden Unterlagen	96
c)	Der Bewertungsbericht der berichterstattenden Mitgliedstaaten	96
d)	Die Schlussfolgerungen der EFSA	99
e)	Das Komitologieverfahren und die IARC-Kontroverse	99
aa)	Zum Ablauf des Komitologieverfahrens	99
bb)	Die IARC-Kontroverse	102
(1)	Der IARC-Bericht zur Kanzerogenität aus dem Jahr 2015	102
(2)	Addendum 1 zum Bewertungsbericht	103
(3)	Gemeinsames Treffen der FAO/WHO zu Pestizidrückständen	105
(4)	Offene Briefe aus der Wissenschaft	105

(5) Anfrage des PAFF-Ausschusses an ECHA, vorläufige Verlängerung und Änderung des Entwurfs	108
(6) Kritik an Behördenentscheidungen und deren Antwort in Fachzeitschriften	109
cc) Weitere Kritik und Fragen demokratischer Legitimation im Komitologieverfahren	111
dd) Die Abstimmung im Prüfverfahren	113
ee) Die Abstimmung im Berufungsausschuss, insbesondere die Rolle Deutschlands	114
ff) Die Erneuerung der Genehmigung	116
4. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	117
a) Zusammenfassung des Erneuerungsverfahrens	117
b) Erste Analyse des Erneuerungsverfahrens	119
III. Das wirtschaftliche Interesse als Störfaktor	121
1. Epistemische Wertungen als Voraussetzung subtiler Einflussnahme in den Naturwissenschaften	123
2. Kognitive Verzerrungen und Interessenkonflikte bei Regulierungsbehörden	125
a) Allgemeine Vorwürfe von Interessenkonflikten und Bestätigungsbias	125
b) Plagiatsvorwürfe gegen das BfR	128
3. Kognitive Verzerrungen und Interessenkonflikte in der Wissenschaft	130
a) Die Durchführung industriefinanzierter Forschung	131
b) Die Veröffentlichungspraxis industriefinanzierter Forschung	133
4. Die sachfremde Beeinflussung der Wissenschaft durch Teile der Industrie	134
a) „Junk Science“ und „Sound Science“ – die Grundstrategie zur Abwehr nachteiliger Forschung	135
b) Zum Vergleich: Big Tobacco („Doubt is our product“)	136
c) Die Monsanto Papers und der Einfluss des Herstellers auf das Genehmigungsverfahren	140
aa) Einfluss auf redaktionelle Prozesse bei Fachzeitschriften – insbesondere die Verteidigung gegen <i>Séralini</i> u. a. (2012)	141
bb) Ghostwriting: die Verteidigung gegen die IARC-Bewertung	142
5. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	144
IV. Der Schutz regulatorischer Wahrheitsfindung	146
1. Wissenschaftliche Standards und Kontrolle	146
a) Das Peer-Review	147
aa) Wissenschaftliches Peer-Review und Replikation von Ergebnissen allgemein	147
bb) Regulatorisches Peer-Review	149

b) Die Sicherung der Integrität der Datengrundlage durch die Grundsätze Guter Laborpraxis (GLP)	150
aa) Hintergrund und Entstehung	152
(1) Im Rahmen der OECD	152
(2) In den Vereinigten Staaten von Amerika	154
bb) Die interne Kontrolle der Prüfeinrichtung	157
(1) Die Leitung der Prüfeinrichtung, die Prüfleitung und das sonstige prüfende Personal	158
(2) Das Qualitätssicherungsprogramm der Prüfeinrichtung	159
cc) Die externe Kontrolle der Prüfeinrichtung	160
(1) Das nationale GLP-Überwachungsverfahren der OECD	160
(2) Die gegenseitigen Besuche (Mutual Joint Visits – MJV)	162
(3) Die Implementierung der GLP-Grundsätze im Recht der Europäischen Union	163
(4) Die Implementierung der GLP-Grundsätze im deutschen Recht	165
dd) Nutzen und Grenzen der GLP-Grundsätze	166
(1) Die Verhinderung der Manipulation von Rohdaten	166
(2) Die Rolle des Auftraggebers	168
(3) Die Bedeutung der GLP für die Risikobewertung im EU-Pflanzenschutzmittelrecht, insbesondere über die <i>Klimisch</i> -Skala	170
(4) Das Verhältnis der GLP zu Prüfrichtlinien	172
ee) Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	173
c) Die methodischen Anforderungen an die Generierung der Datengrundlage	174
aa) International anerkannte wissenschaftliche Methoden zur Prüfung eines Stoffs auf Kanzerogenität	174
(1) Auswahl und Unterbringung der Tiere	177
(2) Dosisgruppen und Applikation des Prüfgegenstands	178
(3) Beobachtung der Tiere	179
(4) Statistische und weitere Auswertung der Ergebnisse	179
(5) Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	181
bb) Die Recherche offener Literatur im Genehmigungsverfahren der PflanzenschutzVO	181
d) Die Erklärung und Vermeidung von Interessenkonflikten	183
aa) Die Erklärung von Interessenkonflikten in Fachzeitschriften	183
bb) Die Vermeidung von Interessenkonflikten bei EFSA, BfR und IARC	184
cc) Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	187
2. Politische Kontrolle	187
a) Exekutive Kontrolle im PAFF-Ausschuss, insbesondere infolge der Monsanto Papers	188

b)	Parlamentarische Kontrolle	189
aa)	Europäisches Parlament	189
bb)	Deutscher Bundestag	191
c)	Partizipation von Bürgern und Nichtregierungsorganisationen	192
aa)	Die Öffentlichkeitsbeteiligung der Verfahren zur Genehmigung von Glyphosat nach der PflanzenschutzVO und seiner Einstufung nach der CLP-VO	193
bb)	Die Europäische Bürgerinitiative	194
d)	Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	195
3.	Judikative Kontrolle	197
a)	Rechtsschutz gegen die Erneuerung der Genehmigung	197
b)	Inzidente Überprüfung der Primärrechtskonformität der PflanzenschutzVO	198
c)	Transparenz und ihre gerichtliche Durchsetzung, insbesondere „Emissionen in die Umwelt“ i. S. v. Art. 6 ÅrhusVO	200
aa)	Allgemein zur Transparenz im Genehmigungsverfahren von Glyphosat	201
bb)	<i>Rs. Greenpeace und Pesticide Action Network</i> – Zugang zu Dokumenten aus der Erstgenehmigung von Glyphosat	203
(1)	Das erste Urteil des EuG	203
(2)	Das Rechtsmittelverfahren vor dem EuGH	204
(3)	Das zweite Urteil des EuG	206
cc)	<i>Rs. Hautala u. a. sowie Tweedale</i> – Zugang zu Studien aus dem Erneuerungsverfahren	206
dd)	Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	209
d)	Straf- und zivilrechtliche sowie sonstige Konsequenzen	209
4.	Reformen und Reformvorschläge im Pflanzenschutzmittelrecht mit Blick auf den Fall Glyphosat	210
a)	Weiteres Peer-Review durch den Mechanismus für wissenschaftliche Beratung (SAM)	211
b)	Erleichterung einer qualifizierten Mehrheit bzw. einer mehrheitlichen Ablehnung im Komitologieverfahren	211
c)	Minderung des Einflusses der Antragsteller	212
aa)	Regulatorische Studien	212
bb)	Recherche freier Literatur	214
cc)	Auswahl des berichterstattenden Mitgliedstaats	214
d)	Mehr Bürgerbeteiligung und bessere Kommunikation	215
e)	Mehr Transparenz	215
f)	Genehmigung von Pflanzenschutzmitteln auf EU-Ebene	216
V.	Die Grenzen des Wahrheitsschutzes in regulatorischen Verfahren	217
1.	Der Nutzen größerer Transparenz in regulatorischen Verfahren	218
2.	Die weitere Determinierung regulatorischer Forschung	219

3. Der prozedurale Vorsorgegrundsatz und der aus ihm folgende Grundsatz der Rollenklarheit	223
VI. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	228
§ 4 Die individuelle Wahrheit	233
I. Das Asylrecht als Referenzgebiet	234
II. Die Bedeutung der „Verfolgungsgeschichte“ im Asylverfahren	238
1. Die Flüchtlingseigenschaft	239
2. Die Prognoseatsachen und die sachtypische Beweisnot	241
3. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	247
III. Die Glaubhaftigkeitsprüfung	248
1. Die <i>Undeutsch</i> -Hypothese als Grundlage	248
2. Die Realitätskriterien	250
a) Widerspruchsfreiheit	252
aa) Die innere Widerspruchsfreiheit der Aussage (interne Konsistenz)	252
bb) Die Widerspruchsfreiheit der Aussage zu anderen Beweismitteln (externe Konsistenz)	253
b) Plausibilität	254
aa) Allgemeine Plausibilität	254
(1) Die Grundproblematik des Kriteriums	255
(2) Die Notwendigkeit des Kriteriums	257
bb) „Steigerung“	259
c) Erwartbares Wissen	260
(1) Erwartbares Allgemeinwissen	262
(a) Religiöse Überzeugung	262
(b) Sexuelle Orientierung	263
(c) Herkunft	265
(2) Erwartbares Detailwissen	266
(a) Allgemeiner Detailreichtum	266
(b) Religiöse Überzeugung	267
(c) Sexuelle Orientierung	268
3. Abzulehnende Realitätskriterien	270
a) Verhalten der Antragstellenden während der Anhörung	270
b) Personale Glaubwürdigkeit	274
4. Strukturmerkmale der Glaubhaftigkeitsprüfung	277
a) Ein Abwägungsvorgang	277
b) Hochgradig ambivalente Abwägungskriterien	278
c) Wissen, das institutionell als wahr gilt	280
d) Die Nullhypothese im Asylverfahren	281
IV. Die individuellen und strukturellen Störfaktoren	285
1. Missbrauch, Willkür und Fehler – Störfaktoren als Regelfall	285

2. Störende Handlungen der Verfahrensbeteiligten	289
a) Manipulation durch Antragstellende	289
b) Politische Manipulation von Herkunftslandinformationen	291
c) Maßnahmen zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung	291
aa) Beschränkung der Rechtsbehelfe	293
bb) Personelle Effizienzsteigerung	294
cc) Textbausteine und Clusterverfahren	297
dd) Das asylrechtliche Verbot des Rechtsmissbrauchs	298
3. Strukturelle Umstände	301
a) Funktionsweise und begrenzte Leistungsfähigkeit des menschlichen Gedächtnisses	301
b) Traumafolgeerkrankungen, insbesondere die posttraumatische Belastungsstörung (PTBS)	303
c) Sprachbarrieren	306
d) Kulturelle Distanz	307
e) Beweisnot und begrenztes institutionelles Wissen	309
4. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	310
V. Der Schutz der Glaubhaftigkeitsprüfung im Asylverfahren	311
1. Vereindeutigung der Realitätskriterien und Störfaktorbeseitigung durch Verfahren	311
a) Der Zweck des Asylverfahrens hinsichtlich der Realitätskriterien	312
b) Die Anhörungen	315
aa) Die behördliche Anhörung und ihre Protokollierung	315
bb) Die informatorische Anhörung vor Gericht	317
cc) Die doppelte Funktion der Anhörungen	319
dd) Die Pflicht, negative Realitätskriterien vorzuhalten	322
ee) Die erforderliche Rücksichtnahme in besonderen Anhörungssituationen	324
c) Anfragen bei anderen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen . .	325
d) Ländersachverständige	326
e) Medizinische Sachverständige	327
aa) Zur Feststellung von Krankheiten, insbesondere einer posttraumatischen Belastungsstörung	328
bb) Zur Feststellung von Folter, insbesondere das Istanbul-Protokoll	330
cc) Sachverständigengutachten zur Feststellung innerer Tatsachen, insbesondere der sexuellen Orientierung	332
f) Dokumentenprüfung	334
2. Wissen als Bedingung der Möglichkeit der Glaubhaftigkeitsprüfung	334
a) Die Funktion von Wissen in der Operationalisierung der Realitätskriterien	335
b) Herkunftslandinformationen von Behörden, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen	336

aa) Lageberichte des Auswärtigen Amts	336
bb) Herkunftsländerleitsätze des BAMF	337
cc) Lageberichte der Asylagentur der Europäischen Union	337
dd) Berichte der UN, insbesondere des Hohen Flüchtlingskommissars (UNHCR)	338
ee) Berichte von Nichtregierungsorganisationen	338
ff) Feldbesuche	339
c) Dokumentation von Beweismitteln in Erkenntnismittellisten und Datenbanken	339
d) Geheimhaltung	341
aa) Der Schutz der Antragstellenden	341
bb) Der Schutz des institutionellen Wissens	341
(1) Herkunftslandinformationen als Verschlussache	342
(2) Anonymität der Sprachgutachter	344
cc) Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	345
e) Zusammenfassung	345
aa) Limitationen institutionellen Wissens	346
bb) Für eine weitergehende Institutionalisierung von Wissen, insbesondere des Erfahrungswissens	347
cc) Für Audioaufnahmen	350
3. Objektivierung durch Technik?	352
a) Gutachterliche und technische Sprachanalyse	353
b) Durchsuchung nach Unterlagen und Datenträgern sowie deren Auswertung	357
c) Maschinelle Glaubhaftigkeitsprüfung	359
aa) Polygraphen und funktionelle Magnetresonanztomographie	359
bb) Genital-Plethysmographie	362
d) Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	364
4. Personelle Vorkehrungen	368
a) Behördliche Entscheiderinnen und Entscheider	368
b) Richterinnen und Richter	369
c) Anwaltliche Beratung und ehrenamtliche Unterstützung	370
d) Dolmetscherinnen und Dolmetscher	371
5. Die Realitätskriterien im Rechtsmittelrecht	378
a) Die Berufung und die Revision im Asylverfahren	378
b) Die allgemeinen Beweiswürdigungsgrundsätze	380
aa) Allgemeine und besondere Erfahrungssätze	381
bb) Verstöße gegen Denkgesetze	382
c) Die mangelnde Sachverhaltsaufklärung vor BVerfG und EGMR	382
d) Das Willkürverbot	384
aa) Zulässigkeit und Maßstab der Willkürzüge	384
bb) Bedeutung in der Praxis, insbesondere für besondere Erfahrungssätze	387

e) Die höchstrichterliche Feststellung allgemeiner Tatsachen	387
f) Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	391
VI. Die Grenzen des Wahrheitsschutzes im Asylverfahren	391
VII. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	396
 § 5 Die öffentliche Wahrheit	 399
I. Das Medien- und Äußerungsrecht als Referenzgebiet	399
II. Die Wiederentdeckung der Desinformation	403
1. Die notwendigen Begriffsklärungen	403
2. Das Gefahrenpotential der Desinformation	408
a) Die herrschende Gefahrendiagnose – zwischen Infodemie und Infokalypse	409
b) Der Einfluss neuer Instrumente der Desinformation	413
c) Die Notwendigkeit arbeitsteiliger Komplexitätsbewältigung als Grundproblem	418
d) Die Effektivität digitaler Desinformation	423
III. Die Wahrheitspflicht	425
1. Die Herleitung der Wahrheitspflicht	426
a) Die allgemeine berufsständische Wahrheitspflicht	426
b) Die allgemeine Wahrheitspflicht des Medienrechts	427
c) Die Wahrheitspflicht kraft praktischer Konkordanz	429
d) Ein grundsätzlich einheitlicher Standard aus verschiedenen Quellen	434
2. Die Sorgfaltsanforderungen der Wahrheitspflicht	435
a) Die Leitprinzipien der Wahrheitspflicht	435
b) Die sorgfältige Recherche	438
aa) Die Zuverlässigkeit der Quellen im Allgemeinen	438
bb) Die privilegierten Quellen	441
cc) Das Gewicht gegenläufiger Interessen	443
dd) Die Verbreitung von Tatsachenbehauptungen anderer	444
ee) Keine Entbindung von der Wahrheitspflicht wegen Quellenschutz	449
c) Die sorgfältige Darstellung	450
3. Die Auslegung und rechtliche Einordnung von Äußerungen im Rahmen der Wahrheitspflicht	452
a) Deutung aus Sicht des Publikums	453
b) Relevanz und Wertungsabhängigkeit der Einordnung als Tatsachenbehauptung	454
c) Argumentationslast bei Mehrdeutigkeit	461
4. Die Effektivierung der Wahrheitspflicht	462
a) Zivilrechtliche Ansprüche und strafrechtliche Sanktionen bei ehrenrührigen Tatsachenbehauptungen	464

aa) Der Beweis der Wahrheit bzw. Unwahrheit und seine Bedeutung	464
bb) Die Funktion der Wahrheitspflicht	467
cc) Die Verhältnismäßigkeit der Rechtsfolgen	468
b) Berufsethische und medienrechtliche Sanktionen bei Verletzungen der allgemeinen Wahrheitspflicht	470
aa) Der Deutsche Presserat und andere anerkannte Einrichtungen der freiwilligen Selbstregulierung	470
bb) Die Landesmedienanstalten	471
cc) Die Aufsichtsorgane im Rundfunk	477
c) Hoheitliche Faktenprüfung und präventive Kommunikation	479
d) Neue Intermediäre des Internets als Hüter der Wahrheit	481
aa) Der (selbst-)regulatorische und verfassungsrechtliche Hintergrund	482
(1) Die begleitete Selbstregulierung der neuen Intermediäre in der EU	482
(2) Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz	484
(3) Die Grundrechtsbindung der Intermediäre	487
bb) Löschung und Sperrung	491
cc) Algorithmische Selektion	493
dd) Faktenprüfung im Auftrag der Intermediäre	497
ee) Facebook Oversight Board	501
IV. Die Grenzen des Wahrheitsschutzes im Medien- und Äußerungsrecht	503
1. Die faktischen und verfassungsrechtlichen Grenzen der Regulierung	504
2. Die Unterkomplexität des Desinformationsbegriffs aus rechtlicher Sicht	507
3. Die (erneute) Tendenz zur Stärkung der Wahrheitspflicht	512
a) Stärkung der Selbstregulierung?	514
b) Wahrheitsschutz für Gemeinschaftsgüter?	517
4. Das Missbrauchs- und Umgehungspotential der Schutzmaßnahmen	523
a) Staatlicher Missbrauch	523
b) Privater Missbrauch und Umgehung	526
c) Das Spannungsverhältnis zwischen Missbrauchs- und Umgehungsfahrer	529
5. Vertrauen im öffentlichen Diskurs	532
a) Medienzynismus	532
b) Die Bedeutung von Vertrauen und Glaubwürdigkeitsindikatoren	537
c) Das demokratienotwendige Vertrauen in den öffentlichen Diskurs	541
V. Zusammenfassende Zwischenbetrachtung	548

§ 6 Das Zeitalter der Wahrheiten	551
I. Die Fehldiagnose der Postfaktizität	552
II. Eine Vertrauenskrise	556
III. Die diskurslose Polarisierung	565
IV. Wahrheit und Objektivität trotz Wertung und Vertrauen	568
Zusammenfassung	583
Literaturverzeichnis	605
Sach- und Personenregister	649